

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

Anfrage der Abgeordneten Isabell Zacharias, SPD, zum Plenum am 04.06.2014

„Nachdem der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur in der Sitzung vom 13.10.2010 die Petition mit dem Ziel Abschlüsse zum Diplom-Ingenieur (FH) mit universitären Diplom- und Masterabschlüssen gleichzusetzen und damit die bestehende Diskriminierung zu beseitigen, der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen hat, frage ich die Staatsregierung, warum bis heute keine Reaktion erfolgt ist und wie die weiteren Planungen aussehen?“

Antwort des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst:

Die Anfrage nimmt auf eine Petition des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des ZVI vom 26.4.2010 Bezug. Diese zielte ausdrücklich auf eine **hochschulrechtliche** Gleichstellung von Diplomabschlüssen (FH) mit Diplomabschlüssen (Univ.) und Masterabschlüssen an Universitäten und Fachhochschulen. Begründet wurde die Forderung nach Gleichstellung im Wesentlichen damit, dass Diplomabschlüsse an Fachhochschulen aufgrund einer deutlich längeren Regelstudienzeit und einer umfassenderen Abschlussarbeit gegenüber Bachelorabschlüssen an Universitäten und Fachhochschulen eine höherwertige Ausbildung darstellen.

Wie bereits in der damaligen Stellungnahme der Staatsregierung ausgeführt, ist dies aus folgenden Gründen nicht der Fall:

- Diplomstudiengänge an Fachhochschulen weisen mit einer Regelstudienzeit von höchstens 4 Jahren einschließlich zweier praktischer Studiensemester gegenüber Diplomstudiengängen an Universitäten mit einer Regelstudienzeit von 4 ½ Jahren und Masterstudiengängen mit einer Regelstudienzeit einschließlich des Erstabschlusses von mindestens 5 Jahren eine deutlich kürzere Ausbildungsdauer auf;
- Mit dem Abschluss eines Diplomstudiengangs (Univ.) bzw. eines Masterstudiengangs werden im Kompetenzbereich „Wissen und Verstehen“ und „Können“ ein der Stufe 2 des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse (Beschluss der Kultusministerkonferenz der Länder vom 21.4.2005) entsprechendes Niveau erreicht, das den unmittelbaren Zugang zur Promotion eröffnet. Dies ist bei Fachhochschuldiplo mabschlüssen, ebenso wie bei Bachelorabschlüssen, die auf

eine Qualifizierung in der Breite zielen (vgl. A.3. der ländergemeinsamen Strukturvorgaben), nicht der Fall;

- Sowohl hinsichtlich des definierten Qualifikationsniveaus, als auch mit Blick auf die nach wie vor unterschiedlichen Bildungsaufträge von Fachhochschulen und Universitäten, ergibt sich ein qualitativer Unterschied des erreichten Qualifikationsniveaus zwischen Bachelorstudiengängen und Diplomstudiengängen an Fachhochschulen einerseits und Diplomstudiengängen an Universitäten bzw. Masterstudiengängen andererseits, der einer hochschulrechtlichen Gleichbehandlung entgegensteht. So vermitteln Fachhochschulen durch anwendungsbezogene Lehre eine Bildung, die zur selbständigen Anwendung wissenschaftlicher Methoden und künstlerischer Tätigkeiten in der Berufspraxis befähigt, während Universitätsstudiengänge vorwiegend eine wissenschaftsbezogene Ausbildung im Blick haben, Entsprechend gehen auch die ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen (KMK-Beschluss vom 10.10.2003 i.d.F. vom 4.2.2010) davon aus, dass Bachelorabschlüsse grundsätzlich dieselben hochschulrechtlichen Berechtigungen verleihen wie Diplomabschlüsse an Fachhochschulen.

Diese von allen Ländern gemeinsam getragene hochschulrechtliche Systematik wird im bayerischen Hochschulgesetz abgebildet. Die Problematik wurde im Rahmen der Beratungen zum neuen Dienstrecht in Bayern geprüft. Eine Änderung dieser Systematik erscheint sachlich nicht geboten.

Das Leistungslaufbahnrecht baut dementsprechend hinsichtlich der Festlegung der Einstiegsvoraussetzungen in die Leistungslaufbahn auf den hochschulrechtlichen Strukturen auf (Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 und 4 LlbG). Gleiches gilt für das Besoldungsrecht (Art. 23 Satz 1 Nrn. 3 und 4 BayBesG).

Das Staatsministerium hat aufgrund des Beschlusses vom 13.10.2010, mit dem die Eingabe zur Würdigung überwiesen wurde, den Sachverhalt nochmals überprüft. Dabei haben sich jedoch keine anderen als die oben dargestellten Erkenntnisse ergeben. Von einer erneuten Stellungnahme gegenüber dem Bayerischen Landtag wurde abgesehen, da es sich um einen Würdigungsbeschluss ohne Berichtspflicht handelte.

München, den 4. Juni 2014